

**Der Kreistag
Fraktionsgeschäftsstelle**

FDP-Antrag-Nr.: **FDP_AG/0073/2023**

Verfasserin / Verfasser
Katja Lauterbach

Gelnhausen, 16.02.2023

Beratungsfolge	Termin	Beratungsart
Kreistag des Main-Kinzig-Kreises	17.02.2023	Entscheidung

Antrag

Dringlichkeitsantrag bezüglich Finanzierung Flüchtlingsunterbringung

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Stadt Maintal und weiteren Kommunen des Main-Kinzig Kreises eine Klage gegen das Land Hessen und die Bundesrepublik Deutschland vorzubereiten mit der Zielsetzung, dass

- a)
alle bisher und in Zukunft den Kommunen entstandenen Kosten für die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung von Geflüchteten vollumfänglich erstattet werden und
- b)
die Bundesrepublik Deutschland und das Land Hessen auskömmliche Vorkehrungen treffen für die Unterbringung von Geflüchteten.

Zur Dringlichkeit:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Maintal hatte erst am 13.02.2023 einen analogen Beschluss gefasst.

Begründung:

Derzeit finanzieren der Bund und das Land Hessen die Unterbringung von Flüchtlingen in den Kommunen nicht auskömmlich. Auch nach dem Brandbrief von Thorsten Stolz und den Bürgermeistern des Kreises aus dem Herbst letzten Jahres ist keine Änderung der Finanzierung absehbar. Deshalb sollte sich der Main-Kinzig-Kreis an der von Maintal am 13.2.2023 geplanten Klage beteiligen